

Die Verharmlosung der SED-Diktatur schadet dem Prozess
der inneren Vereinigung

Das Glück der gelungenen Revolution

Richard Schröder

Georg Christoph Lichtenberg hat vor 200 Jahren gesagt, in Deutschland lerne man das Naserümpfen noch vor dem Nase-schnäuzen. Daran hat sich offenbar nichts geändert. Geht es um die deutsche Einheit, lautet die erste Frage zumeist: Was ist falsch gelaufen? Wäre es nicht auch mal interessant darüber zu reden, was gut gelaufen ist? Die Medien kultivieren Ost-West-Unterschiede bis zur Lächerlichkeit. Noch immer stehen die Ostdeutschen eine Stunde eher auf als die Westdeutschen. Sie sagen Plaste und Broiler statt Plastik und Brathähnchen. Wie schrecklich. Neuerdings aber sagen sie schon öfter Team statt Kollektiv. Sie fügen sich dem westlichen Anpassungsdruck, auch schrecklich.

Im Ernst: Wir haben Glück gehabt, großes Glück gehabt, dass es 1989 in der DDR zur ersten erfolgreichen Revolution in der deutschen Geschichte kam.

Wir haben Glück gehabt, dass diese Revolution friedlich blieb. Bis zur Volkskammerwahl ist in Teilen der Sicherheitsorgane noch die Gewaltoption offen gehalten worden. Eine einzige größere Schießerei hätte genügen können, um die Sowjetunion umzustimmen, nämlich diejenigen Kräfte an die Macht zu bringen, die den Kurs Gorba-

tschows ablehnten, weil sie das sowjetische Imperium erhalten wollten.

Wir haben Glück gehabt, weil Freiheit und Einheit sich diesmal gereimt haben. „Einigkeit und Recht und Freiheit“, als Hoffmann von Fallersleben das im helgoländischen Exil niederschrieb, war das ein Wunsch „für das deutsche Vaterland“. Er hat sich erst 1990 uneingeschränkt erfüllt.

Wir Ostdeutschen haben auch in ökonomischer Hinsicht Glück gehabt. Die DDR war wirtschaftlich völlig am Ende. Das wollen heute viele nicht wahrhaben. Es gibt aber dafür zwei unverdächtige Zeugen: die DDR-Witze und, seriöser, das Geheim-Gutachten, das der DDR-Planungschef Schürer und andere am 31. Oktober 1989 für Egon Krenz angefertigt haben. Dort heißt es: Die DDR ist hochverschuldet. Ohne weitere westliche Milliardenkredite (sofort vier Milliarden) müsse die DDR den Lebensstandard um dreißig Prozent senken, und das sei politisch nicht durchzuhalten.

Und wir haben als Deutsche Glück gehabt. Mit dem 3. Oktober 1990 ging ja nicht nur die Zeit der deutschen Teilung zu Ende, sondern auch die Nachkriegszeit. Der 2+4-Vertrag ist zugleich der Vertrag, der die Kriegsfolgen endgültig und – das ist bei Verträgen

über Kriegsfolgen, sprich Friedensverträgen, sehr ungewöhnlich – einvernehmlich geregelt hat. Die Westdeutschen haben das nicht so stark gemerkt wie die Ostdeutschen: 400 000 sowjetische Soldaten standen in der DDR. Sie sind abgezogen. Noch nie in seiner Geschichte hat Deutschland in ringsum anerkannten Grenzen und freundschaftlichen Beziehungen zu allen seinen Nachbarn existiert.

Wir haben Glück gehabt, aber doch nicht nur dies. Im Herbst 1989 haben wir Ostdeutschen uns einen Ruck gegeben und Zivilcourage mit Augenmaß gezeigt, obwohl der Preis für diese Zivilcourage anfangs unbekannt war. Und wir haben 1990 Regelungen für die deutsche Einheit gefunden, obwohl so viele behauptet hatten, zwei so verschiedene „Gesellschaftsordnungen“ ließen sich nicht vereinigen.

Wir haben Glück gehabt, aber offensichtlich sind viele namentlich im Osten so glücklich nicht. Das liegt vor allem an den Maßstäben. Wir haben ein deutsch-deutsches Koordinatendebakel. Die einen messen sozusagen in Zentimetern, die anderen in Zoll und streiten sich dann über die Messergebnisse. Deshalb sollen die Maßstäbe in den Blick kommen, die an die deutsche Einheit angelegt werden.

Erstens: Nach internationalen Maßstäben sind die deutschen Vereinigungsprobleme winzig. Nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums haben die Tschechen und Slowaken und die Völker der Sowjetunion die neue Freiheit dafür genutzt, sich friedlich zu trennen. In Jugoslawien brach ein barbarischer Bürgerkrieg aus. Die Deutschen haben sich in Freiheit vereinigt. Ja, sagt man, das war 1990. Aber heute? Es gibt in Schottland, im Baskenland, auf Korsika separatistische Tendenzen, aber überhaupt keine in Deutschland. Wir sind durch die Vereini-

gung kein internationaler Problemfall geworden. Wir streiten uns bloß, aber keine Seite will ausziehen. Wer eine Anschauung davon haben will, wie schwierig Wiedervereinigung sein kann, der schaue sich die beiden Koreas genauer an. Es steht mit der deutschen Einigung besser als mit der italienischen, hat kürzlich ein Italiener behauptet. Und mit der belgischen steht es auch nicht so besonders gut.

Zweitens: Deutschland ist schon immer ein plurales Land gewesen mit einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle, das bis in dieses Jahrhundert hinein durch den konfessionellen Gegensatz geprägt war, der heute keine konfrontierende Rolle mehr spielt. Aber Bayern und Ostfriesland, das bleiben doch zwei Welten. Dies aber regt niemanden auf, denn es überrascht niemanden mehr. Wodurch zeigt sich der Ost-West-Unterschied von diesem Nord-Süd-Unterschied? Die Ost-West-Unterschiede sind nicht unbedingt größer, sondern vor allem ungewohnt, und deshalb vor allem stören sie. Und sie sind asymmetrisch.

Asymmetrie der Unterschiede

Die eine Asymmetrie: Der Osten hat im Prozess der deutschen Einigung gewaltige Umstellungsleistungen in allen Lebensbereichen des Alltags erbracht. Das kann sich so kein Westdeutscher vorstellen. Für die Westdeutschen dagegen hat sich durch die deutsche Einigung der Alltag kaum geändert. Sie konnten das Ereignis im Fernsehen verfolgen. Die ehemaligen DDR-Bürger waren plötzlich gelernte DDR-Bürger ohne DDR. Die Verhältnisse, auf die sie trainiert waren, waren weg, und auf die neuen Verhältnisse waren sie nicht trainiert. Das Improvisationstalent, die Künste in der Überlistung des Mangels, das brauchte man nun nicht

Das Glück der gelungenen Revolution

mehr. Die Westdeutschen dagegen bewegen sich im wiedervereinigten Deutschland wie der Fisch im Wasser. Man hört oft die Klage, dieser ganze Prozess sei viel zu schnell gegangen, und erinnert sich an die besorgte Frage westlicher Journalisten von 1990, ob das Tempo der deutschen Einigung nicht die Menschen überfordere. Damals lautete die etwas schnoddrige Antwort: Eine Revolution überfordert immer die Menschen. Heute, nachdem das übliche westliche Reformtempo bekannt ist, kann man sagen: Nach diesem Schneckentempo wären wir bis heute noch nicht vereinigt. Lothar de Maizière sagt oft, das sei sein Albtraum, dass wir nach dem Zerfall der Sowjetunion die deutsche Einheit zu verhandeln gehabt hätten, also 2+15 statt 2+4.

Knappes Gut Gelassenheit

Nichts ist für umsonst, auch die schnelle Einigung hatte ihren Preis, nämlich die mentalen Probleme. Die langsame Einigung, wenn sie überhaupt zustande gekommen wäre, hätte höhere Kosten erzeugt und wahrscheinlich auch auf der mentalen Ebene. Wir haben lernen müssen, dass Vielen auch der Abschied von einer schäbigen Normalität schwer fällt. Der Osten ist zudem mit den zermürbenden Problemen der posttotalitären Situation konfrontiert. In dieser Situation ist Gelassenheit ein knappes Gut. Nach dem Ende einer Diktatur stehen sich die ehemals Mächtigen und die ehemals Ohnmächtigen plötzlich gegenüber. Und dazwischen stehen diejenigen, die sich ein bisschen der einen und ein bisschen der anderen Seite zurechnen lassen müssen. Meist wird übersehen, dass sich auch das DDR-Bild der DDR-Bürger seit 1989 fundamental gewandelt hat. Ende 1989 herrschte eine Zeit lang Unsicherheit, ob

man der Stasi oder die Stasi sagen soll. Denn zu DDR-Zeiten war die Allgegenwart der Stasi wohl bewusst, aber man flüsterte nur davon. Für die einen war sie die Verunsicherung schlechthin, für die anderen Schild und Schutz der Partei. Und: Die Ost-Ost-Gegensätze sind härter und schärfer als übliche West-West-Gegensätze. Das wird dadurch leicht verdeckt, dass Westdeutsche in der verbalen Auseinandersetzung viel schneller zu den schwereren Geschützen greifen. Sie sind stärker extrovertiert. Aber dann war das alles nicht so tragisch, und man verständigt sich irgendwie. Ostdeutsche führen seltener rhetorische Attacken, aber die Verletzungen sitzen umso tiefer. Sie melden sich seltener zu Wort und schlucken mehr, aber irgendwann bricht dann der gesammelte Unmut doch hervor. Und dann sind westliche Partner überrascht. Wir dachten, die sind einverstanden. – Oft wird gefragt, warum so wenige der Oppositionellen noch heute politisch aktiv sind. Das hat einmal seinen Grund darin, dass, anders als in Polen und der Tschechoslowakei, die DDR-Oppositionellen nur einen geringen Rückhalt in der Bevölkerung hatten. Es hat aber auch mit dem Wechsel zur posttotalitären Situation etwas zu tun. Wer in der DDR seine oppositionelle Haltung zu erkennen gegeben hat, hat die üblichen Kompromisse mit dem Regime verweigert, um der Wahrhaftigkeit willen. Das verdient Respekt. Nicht wenige Ostdeutsche verweigern bis heute diesen Respekt aus einem einfachen Grund: aus schlechtem Gewissen. In der Demokratie aber wird von den Politikern vor allem Kompromissfähigkeit verlangt. Es gibt Bekenntnisfragen, bei denen sich ein Kompromiss verbietet. Das sind diejenigen Fragen, bei denen es zugleich um die eigene Identität geht. Und es gibt Ermessensfragen, bei denen das Für und Wi-

der abgewogen werden muss. Das sind die Fragen, über die wir verhandeln, mehr oder weniger nachgiebig. In der Diktatur sind für einen Oppositionellen viele Fragen Bekenntnisfragen. In der Demokratie sind solche Fragen eher selten. Wer nun alle Fragen als Bekenntnisfragen versteht, muss politisch scheitern. Das haben manche Oppositionelle erlebt. Auf der anderen Seite gilt: Wer nur Ermessensfragen kennt, handelt prinzipienlos: „Alles ist möglich.“ Es zeugt von wenig Einfühlungsvermögen, wenn manche Westdeutsche den Ostdeutschen Trost spenden wollen mit dem Bekenntnis „Wenn ich in der DDR gelebt hätte, wäre ich auch in die SED eingetreten“, oder sie gehen verständnisinnig noch einen Schritt weiter: „Dann wäre ich vielleicht auch Stasi-Mitarbeiter geworden.“ Da geht das Mitleid mit den Verstrickten über in eine Verachtung derjenigen, die sich nicht verstrickt haben.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ein großzügiger Umgang mit den kleineren und mittleren Stasi-Verwicklungen ist sehr wünschenswert. Aber wer heute in der Angelegenheit immer noch lügt und sich verstellt, der ist eben heute jemand, der lügt und sich verstellt, und damit für Vertrauenspositionen nicht geeignet. Gegen allzu weitherzige postmoderne Beliebigkeit hat der Bundesgerichtshof soeben noch einmal klar Position bezogen.

Dass wir diese „Vergangenheitsbewältigung“ vor Zuschauern vollziehen müssen, macht die Sache nicht unbedingt einfacher. Denn so oder so gerät sie deshalb in den innerdeutschen Kampf um Anerkennung. Eine Bemerkung zum Thema Amnestie. Es sind bei der juristischen Aufarbeitung der so genannten Regierungskriminalität zirka 28 Gefängnisstrafen ohne Bewährung ausgesprochen worden, die meisten im Zusam-

menhang mit den Mauertoten. Die Schützen selbst sind freigesprochen worden, wenn ihnen die Tötungsabsicht nicht nachgewiesen werden konnte, sonst sind sie zu Bewährungsstrafen verurteilt worden, bis auf diejenigen, die Festgenommene erschossen haben. Eine Amnestie würde 28 Zufriedene und zehntausende Unzufriedene erzeugen, nämlich diejenigen, die als Stasi-Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst verloren haben und von einer Amnestie gar keinen Vorteil hätten.

Drittens: Die Westdeutschen beurteilen die Ostdeutschen nach ihren Maßstäben – als wenn es auch nur wünschenswert wäre, dass die Ostdeutschen zu Kopien der Westdeutschen werden. Warum denken und verhalten die sich so anders als wir? fragen sie. Die deutsche Vereinigung hat sich aber über die Grenze der Blöcke hinweg vollzogen. Der angemessene Vergleichspunkt für die Entwicklungen in Ostdeutschland, für eine postsozialistische Entwicklung also, ist aber selbstverständlich nicht die westdeutsche Normalität, sondern die Entwicklung in den anderen ehemals sozialistischen Staaten. Das ist für Westdeutsche sehr schwer nachzuvollziehen, denn Polen, die Tschechei oder Ungarn kennen sie ja noch weniger als Ostdeutschland. Die Mauer war auch für sie eine Sichtblende. Sie sind tatsächlich in Frankreich mehr zu Hause als in Polen und empfinden das nicht einmal als einen Mangel, obwohl nunmehr beide unmittelbare Nachbarländer sind. Auch das ist übrigens eine interessante Asymmetrie. Die Ostdeutschen waren über Jahrzehnte durchs Fernsehen abends Zaungäste des Westens. Sie haben sich mehr für den Westen interessiert als die Westdeutschen für den Osten.

Vergleicht man Ostdeutschland mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern, so

Das Glück der gelungenen Revolution

zeigt sich zum Beispiel, dass auch dort postkommunistische Parteien beachtliche Wahlerfolge haben. Was Demokratisierung und Elitenwechsel betrifft, so schneidet übrigens Ostdeutschland in diesem Vergleich recht gut ab. Aber auch die Ostdeutschen vergleichen ihre Lage nicht mit der der östlichen Nachbarn, vielleicht weil sie irgendwie wissen, dass aus solchen Vergleichen nicht viel Grund zur Unzufriedenheit abzuleiten ist, sondern mit Westdeutschland. Denn für die anderen ehemals sozialistischen Länder war der Ausstieg aus der Planwirtschaft härter als für die Ostdeutschen. Sie haben nämlich ihre Staatsschulden durch Inflation abgebaut, was den Verlust der Sparguthaben und harte Zeiten für die Rentner bedeutete. Und sie haben die Privatisierung noch nicht abgeschlossen. Trotzdem ist in Polen die Stimmung der Bevölkerung besser als in den neuen Bundesländern, denn sie vergleichen ihre jetzige Lage mit ihrer früheren Situation. Sie sehen den Gewinn der Freiheit deutlicher. In der Tschechei allerdings ist die Stimmung derzeit gerade im Umkippen begriffen. Die kommunistische Partei hat die höchsten Zustimmungswerte in den Umfragen.

Die Ostdeutschen sehen zuerst die Defizite gegenüber den Westdeutschen: Die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch (gemessen an der Nachfrage, nicht an der Erwerbstätigenquote), die Einkommen sind niedriger (die Arbeitsproduktivität aber auch), das private Vermögen ist niedriger, und in den Betrieben und Behörden sitzt ganz oben zumeist ein Westdeutscher.

Diese Unterschiede sollen auch gar nicht wegerklärt oder verniedlicht werden. Und dass die Einkommen im Osten zirka fünfzehn Prozent niedriger sind als im Westen – die Arbeitsproduktivität aber zum Teil ebenfalls, das sollte doch wenigstens gewürdigt

werden. Man kann das ja auch so ausdrücken: Die Ostdeutschen zahlen sozusagen fünfzehn Prozent Solidarbeitrag zusätzlich. Jedenfalls ist die innerdeutsche Solidarität auch in Zukunft noch gefordert: im Länderfinanzausgleich, bei der Finanzierung der Kommunen und beim weiteren Ausbau der Infrastruktur.

Doppelte Diktaturerfahrung

Viertens: Seit 1945 sind etwa vier Millionen Menschen von Ost nach West geflüchtet, teils um politischer Verfolgung zu entgehen, teils nach ihrer Enteignung, teils weil ihr berufliches Fortkommen aus politischen Gründen blockiert worden ist. Andere haben auch einfach bessere Lebenschancen gesucht. Sie haben ihre DDR-Erfahrungen nach Westen mitgenommen, und das waren zumeist traumatische Erfahrungen aus der Stalin/Ulbricht-Zeit. Nach dem Bau der Mauer, unter Honecker, hat sich aber das Diktatorische in der DDR sukzessiv gemildert. Feindsenderhören wurde erlaubt. Nach und nach wurden für einen immer größeren Kreis Westreisen möglich. Und wer wegen Republikflucht oder aus politischen Gründen ins Gefängnis kam, hatte die reelle Chance, vom Westen freigekauft zu werden. Wir hatten schließlich eine Diktatur mit Samthandschuhen, wie Manfred Stolpe das gegenüber westlichen Politikern zu bezeichnen pflegte, die allerdings manchmal die Handschuhe auszog und die Folterwerkzeuge zeigte, manchmal auch anwandte. Zwar wurde einerseits das Stasi-Spitzel-System erst unter Honecker so enorm ausgebaut. Aber andererseits trat ein Prozess der Gewöhnung ein. Das ist der große Unterschied zwischen zwölf Jahren Diktatur und zwölf plus vierzig Jahren Diktatur. Nach zwölf Jahren gab es noch ge-

lernte Demokraten aus der Weimarer Zeit, nach 56 Jahren gab es diese nicht mehr. Die Flüchtlinge von einst haben ein anderes DDR-Bild als die meisten derjenigen, die geblieben sind. Die Zurückgebliebenen beurteilen das DDR-Bild der Flüchtlinge als Übertreibung. Nicht wenige der ehemaligen DDR-Bürger sehen sich dadurch provoziert und unterstellen, man wolle sie nur in Bausch und Bogen diskreditieren. Sie reagieren mit Identitätstrotz. Es entsteht die DDR-Identität *post festum*. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, dass sehr viele der so genannten Alteigentümer ehemals DDR-Bürger waren, andere waren DDR-Bürger bis zum Ende der DDR. Es ist deshalb nicht ganz korrekt, wenn der Streit um die Eigentumsfrage als Ost-West-Konflikt dargestellt wird.

Verwirrung der Koordinaten

Umfragen belegen regelmäßig, dass die kritische Distanz der ehemaligen DDR-Bürger zur SED-Herrschaft abnimmt. Viele sagen: So schlecht war die DDR gar nicht. Das sagen auch solche, die zu DDR-Zeiten ein ausgesprochen kritisches Verhältnis zur DDR hatten. Wie erklärt sich das? Zwischen Ost und West wird auch ein Kampf um Anerkennung ausgetragen. Viele ehemalige DDR-Bürger hören: Eure Wirtschaft hat nichts getaugt, nicht einmal ein ordentliches Auto habt ihr zu Stande gebracht, und irgendwie wart ihr doch alle Stützen des Systems. Sie nehmen diese Kritik persönlich und sagen dann: So schlecht war die DDR auch nicht. Diese DDR-Identität *post festum*, von hinterher, ist eine Trotzreaktion im innerdeutschen Anerkennungskampf. Wir lassen uns die DDR nicht schlechter reden als sie war, sagen sie, und beziehen sich dabei auf ihre Erfahrungen. Da es aber offenbar schwer ist,

die im Einzelnen zu erzählen, sagen viele Ostdeutsche dann einfach: Wer das nicht erlebt hat, kann das auch nicht beurteilen. Im Übrigen ist die Verteilung der Besatzungsmächte 1945 und deren Folgen, also die Gnade der westlichen Geburt, überhaupt kein Verdienst.

Wenn wir uns diese Koordinatenverwirrungen bewusst machen, verlieren bereits viele Ost-West-Konfrontationen ihre Brisanz. Man weiß, dass gute Nachrichten als langweilig gelten. Aber es ist schwerlich anders zu sehen: Das Ost-West-Verhältnis ist jedenfalls nicht explosiv.

Wir sollten uns nicht allzu sehr auf die Ost-West-Probleme konzentrieren. Denn auf der innerdeutschen Agenda-Liste stehen längst gesamtdeutsche Probleme obenan, die im Osten bloß pointierter in Erscheinung treten. Und die Kinder, die dieses Jahr in die Schule kommen, sind in den Jahren 1992 geboren. Die Abiturienten dieses Jahrgangs waren 1989 zehn Jahre alt. So viel zum deutsch-deutschen Koordinatendebakel. Wann ist die deutsche Einheit vollendet? Es gibt zwei Bedingungen:

Erstens: Wenn wir mit den Ost-West-Unterschieden so gelassen umgehen können wie mit den Nord-Süd-Unterschieden und

Zweitens: Wenn wir uns so aneinander gewöhnt haben, dass wir wenigstens in Umrissen eine gemeinsame Geschichte erzählen können, auch von den zurückliegenden fünfzig Jahren. Das wird dauern, aber wir müssen es als Aufgabe sehen und jedenfalls damit beginnen.

Zum Schluss einige Mahnungen – zuerst in Richtung Osten. Viele im Osten halten sich den Westdeutschen gegenüber für moralisch überlegen. Wahrscheinlich ist das die Kompensation eines Ressentiments, eines Unterlegenheitsgefühls. Wir hatten zwar nicht die besseren Autos, aber wir sind die

Das Glück der gelungenen Revolution

besseren Menschen. Das ist erstens ungerrecht. Tugend und Laster dürften in Ost und West ungefähr gleich verteilt sein, nur dass es verschiedene Tugenden und Laster oder Stärken und Schwächen sind. Es ist zweitens in der Konsequenz selbst unmoralisch. Dieses zweifelhafte Überlegenheitsgefühl aus Ressentiment wirkt nämlich ausschließend. Eine Weimarer Psychotherapeutin hat mir erzählt, neuerdings kämen öfter Westdeutsche zu ihr, die daran leiden, in ihrem östlichen Umfeld geschnitten zu werden, besonders penetrant in Lehrerzimmern. Die Wanderungsbilanz Ost–West und West–Ost ist inzwischen fast ausgeglichen. Mir ist nicht bekannt, dass Ostdeutsche, die in den Westen gehen, vergleichbar häufig über Ausgrenzung klagen.

Darüber hinaus muss man vor der Verharmlosung der Diktatur warnen. Das war doch alles gar nicht so schlimm, ich bin nie ins Gefängnis gekommen, und mit der Stasi hatte ich auch persönlich nie zu tun. Diese Sichtweise ist sehr kurzsichtig. Wir kannten alle genügend Fälle von Diskriminierung aus politischen und weltanschaulichen Gründen. Wir hatten alle die Vorsicht bei öffentlichen Äußerungen tief verinnerlicht. Mit der Verharmlosung der Diktatur verachten wir den Freiheitsgewinn.

Außerdem: Im Osten trifft man immer noch weithin auf ein sehr schwammiges Demokratieverständnis. Noch immer erwarten viele vom Vater Staat, dass er im Handumdrehen alle Probleme lösen könne, wenn er nur wolle. Dieser Aberglaube an die Allmacht der Politik geht einher mit einem Unverständnis des Prinzips der Gewaltenteilung, das ja auch besagt: Niemand ist für alles zuständig. Dadurch wird Politik unständlicher, aber sie gewinnt an Machtkontrolle, an der es in der DDR so sehr gefehlt hatte. Besonders fällt ins Gewicht, dass die-

ses ungenaue Demokratieverständnis auch bei denen anzutreffen ist, denen von Amts wegen eine gewisse Meinungsführerschaft zukommt: Politikern, Journalisten, Lehrern. Es ist aber falsch, daraus zu folgern, der Osten sei mehrheitlich demokratiefeindlich eingestellt, oder es könne gar vom Osten her eine Gefährdung der Demokratie drohen. Denn diejenigen, die in Umfragen erklären, sie seien mit „der Demokratie“ nicht zufrieden und halten sie nicht für verteidigungswürdig, meinen mit „der Demokratie“ die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie gebrauchen das Wort Demokratie so, wie zu DDR-Zeiten die Wörter Kapitalismus und Sozialismus gebraucht wurden, als holistische Systemnamen. Fragt man dieselben, welchen politischen Institutionen sie das größte Vertrauen entgegenbringen, nennen sie an erster Stelle wie die meisten Westdeutschen den Bundespräsidenten und das Verfassungsgericht.

Die *erste* Mahnung in Richtung Westen lautet: Hört auf, den Herbst 89 kleinzureden. Das läuft am Ende auch auf eine Verharmlosung der Diktatur hinaus. „Das war gar keine Revolution, sondern bloß ein Zusammenbruch“, sagen viele. Der Ausdruck „Wende“ hat sich eingebürgert. Spielt da etwa Neid eine Rolle, der den Ostdeutschen die Zivilcourage nicht gönnt, die unter Beweis zu stellen Westdeutsche in ihrem Leben nie Gelegenheit hatten? Denn der Protest gegen Castor-Transporte ist natürlich nicht entfernt zu vergleichen mit der Teilnahme an den Demonstrationen vor der Maueröffnung. Sie konnte auch im Lager enden. Es konnte auch geschossen werden. 340 Mitglieder der Betriebskampfgruppen, die zum Einsatz gegen die Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober abkommandiert werden sollten, haben den Befehl

verweigert. Auch so etwas ist in der deutschen Geschichte nicht allzu häufig. Und *zweitens*: Macht den Osten nicht exotischer, als er ist. Es gibt genug Beispiele. Einmal soll die DDR-Jugend durch die kollektive Erziehung in den Kinderkrippen autoritär geprägt sein. Ein andermal wird behauptet, die SED-Regierung hätte die Ostdeutschen mit Menschen- und Engelszungen zum Arbeiten bewegen wollen, aber sie wollten nicht. Wer das behauptet, hat selbst nicht genug Arbeit investiert, nämlich in die Wahrnehmung der DDR-Verhältnisse und die Selbstblockade einer vom permanenten Mangel gelähmten Planwirtschaft.

Und immer wieder steht die kleine, aber besonders brutale Minderheit rechtsorientierter gewalttätiger Jugendlicher für die Jugend des Ostens, obwohl bei vergleichenden Untersuchungen östlicher und westlicher Studenten ganz andere Ergebnisse zu Tage kommen. Jene sind im Durchschnitt leistungswilliger und weniger anfällig für Selbstschädigung (Drogen) und Jugendsekten. Sie haben ein unverkrampftes Verhältnis zu Partnerschaft und Familie. Kürzlich bin ich gefragt worden, warum rechtsradikale Parteien im Osten so große Erfolge haben. Dabei war ganz übersehen worden, dass es bis 1998 in den neuen Ländern weder auf kommunaler noch auf Länderebene auch nur einen Mandatsträger dieser Parteien gegeben hat, während sie gleichzeitig in mehreren westlichen Länderparlamenten und Kommunen seit Jahren saßen. Erst der Erfolg der DVU in Sachsen-Anhalt (12,9 Prozent!), von München aus gesteuert und mit Millionen finanziert, hat die Situation verändert. Sie hatte aber zuvor auch schon Mandate in Bremen und Schleswig-Holstein erlangt.

Drittens sollte man vor der Dankbarkeitsfalle warnen. Warum sind die Ostdeutschen

nicht dankbarer, wo sie doch so viel westliche Hilfe erfahren? fragen viele Westdeutsche. Verweigerter Dankbarkeit enttäuscht, das ist wahr. Aber eingeforderte Dankbarkeit macht unfrei und befangen, sie erzeugt womöglich sogar Ressentiments, weil sie nämlich das Eingeständnis der Abhängigkeit einschließt. Von Gnaden eines anderen leben, das ist ohne Beeinträchtigung der Freiheit und Selbstachtung wohl zwischen Mensch und Gott, nicht aber zwischen Mensch und Mensch möglich. Die andauernde Forderung nach Dankbarkeit ruiniert jede menschliche Beziehung, das bestätigt jeder Eheberater. Weil wir das wissen, sagen wir ja auch auf eine Dankesbezeugung: „Nichts zu danken, keine Ursache“ oder „gern geschehen“. Wir reden manchmal klüger, als wir denken, denn diese Floskeln sollen genau das vermeiden, dass der andere sich abhängig fühlen muss. Der sozialistische Staat hat von seinen Bürgern ständig Dankbarkeit erwartet und dafür Wohlverhalten eingefordert. Deshalb gilt: Die Einigungskosten sind verspätete Kriegsfolgenlasten. Besser noch: Sie sind Investitionen in die gemeinsame deutsche Zukunft.

Wenn der Papst oder Präsident Clinton vor dem Brandenburger Tor Helmut Kohl für die deutsche Einheit Lob und Anerkennung aussprechen, dann dürfen wir doch, ohne seine Verdienste zu schmälern, sagen: Das außenpolitische Tor hat er geschossen, aber die Vorlage dazu haben die Ostdeutschen gegeben. Ohne den Herbst 89 hätte auch der größte Kanzler die Einheit nicht zu Stande gebracht. So gesehen waren es die Ostdeutschen, die den im Namen unseres Landes liegenden Anspruch einlösbar gemacht haben. Am 3. Oktober 1990 ist erst wirklich aus der westdeutschen Bundesrepublik die Bundesrepublik Deutschland geworden.